

## 1. Kriminalisierung Seenotrettung

- a. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur\*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Wir fordern eine sofortige Entkriminalisierung der Seenotrettung und die Wiederaufnahme der staatlich organisierten Seenotrettung.

- b. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Die Seenotrettung von Menschen, die ihr Recht auf Asyl wahrnehmen möchten sollte staatliche Aufgabe sein. Zivilgesellschaftliche Seenotrettung springt hier nur - und das ist eine Schande - für die fehlende staatliche ein. In Baden-Württemberg werden wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere im Bundesrat dafür einsetzen, dass Menschen einen sicheren Weg nach Europa haben und das Sterben auf dem Mittelmeer beendet wird.

## 2. Thema Landesaufnahmeprogramm

- a. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Wir fordern, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.

Wir fordern im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

Zudem setzt wir uns für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Aufnahme geflüchtete Menschen entfielen. Wir fordern die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

- b. Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Eine Zusammenarbeit mit einer Partei, die diesen Punkt nicht mittragen möchte, schließen wir kategorisch aus. Menschenrechte sollten nicht Verhandlungsgegenstand sein.

- c. Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt?)

Ja, wir unterstützen diese Klage und fordern, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt.

### 3. Aufnahmebereitschaft der Kommunen

- a. Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Die Wahrung der Menschenrechte darf keine reine Willensbekundung sein. Dazu gehören auch, dass Kommunen sich aktiv und wirksam gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen, die an den Außengrenzen der Europäischen Union geschehen, einsetzen. Die Erklärung und besonders die Umsetzung des "Sicheren Hafens" bietet hierfür konkrete Möglichkeiten.

Wir fordern daher die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen.

- b. Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Forderung aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?

Wir fordern im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

### 4. Sichere Bleibeperspektiven in Baden-Württemberg

- a. Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Wir fordern, dass Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben, nicht mehr zurück in die lebensgefährlichen Regionen „abgeschoben“ oder zur „freiwilligen Rückkehr“ gezwungen werden sollen, aus denen sie vor Krieg, Gewalt, Perspektivlosigkeit und aus vielen anderen nachvollziehbaren Gründen geflüchtet sind. Wir fordern einen Stopp der Aufenthaltsbeendigungspolitik baden-württembergischen Landesregierung und rufen zu konkreter, praktischer Solidarität für alle von Zwangsrückführung und Illegalisierung bedrohten Mitmenschen auf.

- b. Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

- Ab einer gewissen Aufenthaltsdauer müssen alle Ausreisepflichtigen unabhängig vom bisherigen Aufenthaltsstatus die Möglichkeit bekommen, ein Bleiberecht zu erhalten.
  - Es ist inhuman, alte und kranke Menschen vom Bleiberecht auszuschließen. Eine Aufenthaltserlaubnis muss auch gewährt werden, wenn Menschen nicht arbeiten können, etwa weil sie alt, krank, traumatisiert oder behindert sind. Eine Aufenthaltserlaubnis muss auch erteilt werden, wenn die Betroffenen nicht arbeiten können, weil sie Angehörige pflegen oder Kinder erziehen. Gleiches gilt für Geringverdienende, bei Qualifizierung und Ausbildung und bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Im Zweifelsfall muss für diese Personen das Bemühen um die eigene Lebensunterhaltssicherung ausreichen.
  - Die bislang gestellten Anforderungen beispielsweise an die Mitwirkung bei der Abschiebung oder an die Straffreiheit werden der schwierigen Situation, in der sich viele einst geflohene Menschen befinden, nicht gerecht.
  - Eine Bleiberechtsregelung für Jugendliche und Heranwachsende unter der Bedingung der Ausreise ihrer Eltern ist ein inhumaner Umgang mit den Familien und ein Verstoß gegen Art. 6 GG.
- c. Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung des Beschlusses vom April 2017 realisieren, wonach Betroffene über die existierenden Bleiberechtsoptionen aufgeklärt werden?

Es gibt viele geflüchtete Menschen, die ein Aufenthaltsrecht erlangen könnten, wenn Sie von den zuständigen Ausländerbehörden eingehend über Ihre Rechte informiert würden, dies geschieht häufig nur unzureichend. Wir möchten, dass das Innenministerium Baden-Württemberg die Ausländerbehörden hier explizit zur Information der Betroffenen auffordert.

##### 5. Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

- a. Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)
- Sichere Häfen sollen alle nötigen Ressourcen für die menschliche Versorgung und die gesellschaftliche Teilhabe (Bildung, Kultur, ...) der Ankommenden bereitstellen
  - keine Lager, dafür dezentrale Aufnahme, guter und schneller Wohnraum
  - vereinfachte, schnellere, niedrighschwellige Familienzusammenführung
  - Kommunen sollten Berufs- und Weiterbildungswünsche der ankommenden Menschen fördern und dafür geeignete Programme mit geschultem sozialpädagogischen Personal zur Beratung und Unterstützung möglichst niedrighschwellig zur verfügung stellen (Zugang zu Arbeitnehmer\*innen - Rechte durch Aufklärung und Beratung)
- b. Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Die Kommunen sollen mit finanziellen und personellen Unterstützung des Landes ein eigenständig menschenwürdiges Ankommen und Leben in Kommunen / Deutschland sicherstellen.

6. Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen
  - a. Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung Baden-Württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Frontex ist einer der grundlegenden Bausteine der Festung Europa. Mittels Drohnen, Schiffen, Hubschraubern, Satelliten, KI-gestützten „Risikoanalysen“ und bald 10.000 Grenzbeamt\*innen wird die Außengrenze der EU militarisiert und abgeschottet. Darüber hinaus ist Frontex aktuell in den westlichen Balkanstaaten, Spanien und Italien aktiv. Im Mittelmeer hält Frontex weiter an der Zusammenarbeit mit libyschen Milizen fest, obwohl bekannt ist, dass die sogenannte libysche Küstenwache geflüchtete Menschen in Folterlager zurück verschleppt und selbst in Menschenschmuggel, Sklaverei und weitere Gräueltaten verwickelt ist. Immer häufiger organisiert Frontex Abschiebungen, auch aus Deutschland. Wir kritisieren den Einsatz und die Methoden von Frontex. Bereits 2013 bekräftigten Recherchen von PRO ASYL den Vorwurf der Beteiligung von Frontex an illegalen Push-Backs in Griechenland, bei denen Menschen in türkisches Hoheitsgewässer zurückgedrängt wurden, obwohl sie nach internationalem Recht gerettet und in Sicherheit gebracht werden müssen.

Daher lehnen wir eine Baden-Württembergische Beteiligung an den Frontex Einsätzen ab und fordern darüber hinaus eine sofortige Beendigung der aktuellen Vorgehensweise und eine unabhängige Ermittlung zu den beschriebenen Vorwürfen.

#### 7. Abschiebungen in Baden-Württemberg

- a. Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Im Abschiebegefängnis Pforzheim sind unschuldige Menschen ihrer Freiheit beraubt. Sie hatten nicht die „richtigen“ Papiere und trotzdem ihr Recht auf Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit in Anspruch genommen. Allein deshalb sind sie in Haft, teilweise monatelang. Gefangene, die nicht bereitwillig alles unterschreiben, protestieren oder auch nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen, werden mit Isolationshaft innerhalb des Gefängnisses bestraft. Dafür gibt es gesonderte Zellen. Die Isolierten haben keinen Kontakt mit anderen Gefangenen. Sie müssen Anstaltskleidung tragen, dürfen weder duschen noch die Wäsche wechseln. Während der Isolation bekommen sie nichts, um die Zeit zu verkürzen, kein Buch, keine Zeitschriften, keine Gebetskette, kein Radio – nichts. Und sie wissen nicht, wie lange sie in Isolationshaft bleiben müssen. Das können schon mal acht zermürbend lange Tage werden. Aus diesen und vielen anderen Gründen fordern wir eine sofortige Beendigung dieser Praxis und das Ende der Abschiebungen aus Baden-Württemberg.

